



„Die Aufklärung steht erst ganz am Anfang“

Der Ältestenrat hat sich wiederholt in Sondersitzungen mit der Aufklärung des Akten-skandals im Landtag befasst. Nach der Sitzung von Rot-Rot-Grün beantragten die Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) und Matthias Hey (SPD) sowie die Parlamentarische Geschäftsführerin der GRÜNEN, Astrid Rothe-Beinlich, empört auf CDU-Landtagspräsident Christian Carius reagiert und weitere Aufklärung verlangt.

„Wir sind überrascht, über die Schärfe, die uns entgegenschlug. Wenn die Landtagsverwaltung wirklich vorhatte, mit einer kurzen Sitzung vor Beginn dieses Plenums alle Unstimmigkeiten auszuräumen, ist das aberwitzig. Denn die Vorwürfe, die hier im Raum stehen und von Mike Mohring vertieft wurden, wiegen schwer. So etwas lässt sich nicht in einer Sitzung ausräumen. Aufgrund der heute von uns eingesehenen Vorlagen hat sich der Aufklärungsbedarf nicht gemindert – ganz im Gegenteil. Die Aufklärung des Akten-Skandals steht erst ganz am Anfang. Für uns bleibt der Eindruck bestehen, dass durch die massive Veränderung des Rechtsgutachtens durch die Verwaltungsspitze Argumente fehlen, die im Klageverfahren eine wichtige Rolle spielen. Das macht uns natürlich misstrauisch.“

Landtagspräsident Carius hat nicht aufgeklärt. Sein Versprechen nach vollständiger Transparenz blieb hohl. Die von der Verwaltung zusammenko-

pierten, teils sogar unleserlich kopierten Akten sind unzureichend und haben kaum Einblick in die Entscheidungsabläufe der Verwaltung gewährt. Offensichtlich spiegelt die Vorlage nicht den kompletten Vorgang wider, sondern nur einen von der Verwaltung ausgewählten Ausschnitt. Carius hatte volle Transparenz versprochen – das Versprechen ist gebrochen.

Vertrauen in Neutralität der Verwaltungsspitze beschädigt

Zur Zensur des Gutachtens kommt nun mangelhafte Aktenvorlage. Das ist offenbar die parteipolitische Normalität in der Spitze der Verwaltung, die Carius und CDU-Chef Mohring so lobten. Der Landtagspräsident konnte weder die Unklarheiten beseitigen noch vermochte er davon zu überzeugen, dass die Zensur des Gutachtens fachlich begründet wäre. Nach der Sondersitzung ist klar, dass die Spitze der

Statements von Susanne Hennig-Wellsow (LINKE), Matthias Hey (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich nach der Sondersitzung des Ältestenrats am 22. März im Thüringer Landtag.



Landtagsverwaltung nicht offen agiert. Die Kürzungen im Gutachten durch Landtagsdirektorin Eberbach-Born und abgesehen durch Carius sollen die Position der CDU in ihrer Klage vor dem Verfassungsgericht stärken und politische Entscheidungen der Regierungskoalition sabotieren.“

Auch in der zweiten Sondersitzung konnte das zerstörte Vertrauen nicht gekittet werden. „Vielmehr zeigt sich immer mehr Aufklärungs- und Handlungsbedarf“, resümiert Susanne Hennig-Wellsow. Mittlerweile verlangen beide Vizepräsidenten, Margit Jung (DIE LINKE) und Uwe Höhn (SPD), die Versetzung der Landtagsdirektorin in den einstweiligen Ruhestand.

Hennig-Wellsow hebt hervor: „Auch Landtagspräsident Carius ist nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Er muss beweisen, dass er zu politisch neutraler Führung in der Lage ist.“

AKTUELL

Gemeinsamer Beschluss gegen Russlandsanktionen

In einem gemeinsamen Beschluss sprechen sich die Fraktionen von CDU, DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen für ein Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus.

In dem am 23. März vom Thüringer Landtag mehrheitlich beschlossenen Antrag heißt es u.a.: „Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, dass die gegenseitigen Sanktionen der Europäischen Union und der Russischen Föderation in naher Zukunft überwunden werden. Die Normalisierung der Beziehungen zu Russland ist nicht nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Thüringen und der Russischen Föderation, sondern auch im Hinblick auf die Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten oder in Nordafri-

ka von besonderer Bedeutung.“ Wiederholt haben sich vor allem die Thüringer LINKE, die CDU und Ministerpräsident Bodo Ramelow im Parlament und in der Öffentlichkeit gegen die Russlandsanktionen ausgesprochen.

Bereits kurz vor seiner Wahl im November 2014 hatte Ramelow gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ die Sanktionen abgelehnt und deutlich gesagt: „Sie lösen das Problem nicht“. Auch während seiner Reise 2016 nach Moskau und Tatarstan, wo Thüringen eine Regionalpartnerschaft begründet hat, hat Bodo Ramelow klare Akzente für einen Politik der Verständigung zwischen Deutschland und Russland aufgezeigt.

In der Bundespolitik wurde durchaus wahrgenommen, dass sich Ende Februar sowohl der Thüringer Minister-

präsident als auch Oppositionsführer Mike Mohring (CDU) für ein Ende der Russlandsanktionen aussprachen.

DIE LINKE setzt auf Dialog und Austausch statt Konfrontation. Die Politik muss umsteuern, um friedliche Konfliktlösungen in Europa und in der Welt zu ermöglichen. Um eine friedliche Lösung in der Frage des Minsker Abkommens zu finden, sind die Sanktionen wirkungslos – sie schaden allein der Wirtschaft.

Für Thüringen und die ostdeutschen Länder haben die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland eine besondere Bedeutung – zahlreiche Arbeitsplätze hängen daran. Auch der weiter eskalierende Konflikt zwischen der NATO und Russland und die Verlagerung deutscher Truppen an die russische Grenze sind eine Gefahr für den Frieden.

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Reformdiskussion

Als die PDS-Fraktion im Jahr 2006 Vorschläge für eine umfassende Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts in den Landtag einbrachte, wurden sie von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Nun gibt es die realistische Chance, diese Forderungen umzusetzen. Dazu gehört die Pflichtmitgliedschaft der Abgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung mit eigener Beitragszahlung vom ersten Tag des Mandats an. Genauso gehört dazu die Abschaffung der steuerfreien Aufwandspauschalen. Abgeordnete sollen in Zukunft ihre mandatsbedingten Aufwendungen als Werbungskosten bei Finanzamt geltend machen – wie normale Steuerbürger auch. Wie schon im Februar im Landtag angekündigt, wird die rot-rot-grüne Koalition noch vor der Sommerpause in einer Arbeitsgruppe an die Umsetzung der Vorschläge gehen.

Der Ein-Punkt-Gesetzentwurf der AfD ist lediglich ein populistisches Plakat, noch dazu handwerklich schlecht gemacht. Das von ihr geforderte Modell der Nachversicherung lehnen wir ab. Damit würde nach Ende des Abgeordnetenmandats die ganze Nachzahlung in die Rentenversicherung sozusagen als Zusatzgeschenk an die Abgeordneten alleine aus dem Landeshaushalt gezahlt. Die LINKE fordert eine Pflichtmitgliedschaft vom ersten Tag an.

Notwendig ist eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts, zu der die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung gehört. In einem Urteil von 1998 entschied das Gericht in Weimar auf eine Klage der PDS hin, dass die damals noch viel üppigere Altersversorgung der Abgeordneten abgesenkt werden musste. Den Diätenautomatismus bewertete das Gericht als gerade noch zulässig, machte aber deutlich, dass diese Methode zur Regelung der Diäten nicht angewendet werden muss und eine Anpassung per Gesetzesberatung im Landtag für die Bürger nachvollziehbarer ist. Die Abschaffung des Diätenautomatismus ist also im Sinne demokratischer Transparenz viel besser, aber dazu muss Artikel 54 der Verfassung geändert werden und das geht nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag. Die LINKE wird versuchen, in der anstehenden Reformdiskussion langjährige Vorschläge zur Änderung des Abgeordnetenrechts auch zu verwirklichen.

KURZ UND PRÄGNANT

18 Anträge für Gemeindefusionen

Wie Innenstaatssekretär Udo Götze im Landtag informierte, liegen derzeit 18 Anträge auf freiwillige Gemeindefusionen vor. Daran seien 65 Gemeinden aus zwölf Landkreisen beteiligt. In einigen dieser Fälle gehe es um die Eingliederung kleiner Gemeinden in Städte, wie Schleusingen, Stadt-ilm, Saalfeld oder Schmalkalden. Noch bis Ende Oktober haben Gemeinden Zeit für freiwillige Zusammenschlüsse, um die geforderte Mindestgröße von 6.000 Einwohnern zu erreichen. Das Land unterstützt die Gemeinden finanziell. Das Ministerium geht weiterhin davon aus, dass innerhalb der Freiwilligkeitsphase die meisten der kleinen Gemeinden Beschlüsse für Fusionen fassen und die Neugliederung beantragen. ■

Einbürgerungen in Thüringen angestiegen

Im vergangenen Jahr haben in Thüringen 601 ausländische Personen (287 Männer und 314 Frauen) durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt. Dies ist nach Angaben des statistischen Landesamtes der höchste Wert seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der eingebürgerten Personen um rund neun Prozent. Zum Zeitpunkt der Einbürgerung lebten 120 Personen in Erfurt, gefolgt vom Ilm-Kreis (50 Personen) und der kreisfreien Stadt Jena (47 Personen). Die wenigsten Einbürgerungen gab es im Landkreis Altenburger Land (vier), im Saale-Orla-Kreis (fünf) und im Landkreis Sonneberg (acht).

Die Einbürgerung erfolgte bei 46 Prozent aus einer europäischen, bei 39 Prozent aus einer asiatischen und bei sieben Prozent aus einer afrikanischen Staatsangehörigkeit heraus. Nach den drei häufigsten Staatsangehörigkeiten untergliedert stellten Vietnamesen mit 65 Einbürgerungen bzw. elf Prozent die größte Gruppe, gefolgt von Personen aus der Ukraine (45 Personen bzw. sieben Prozent) und aus Rumänien (37 Personen bzw. sechs Prozent). Von den eingebürgerten Personen waren 17 Prozent unter 18 Jahre alt. Der Großteil (64 Prozent) war zwischen 18 bis unter 45 Jahre alt, gefolgt von der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen mit 16 Prozent. 172 Personen (29 Prozent) hielten sich zum Zeitpunkt der Einbürgerung bereits schon mindestens 15 Jahre in Deutschland auf. Bei 286 Personen (48 Prozent) betrug die Aufenthaltsdauer 8 bis 14 Jahre. ■

„Die Anwohner hätten Kreuze aufgestellt“

Katharina König in der Landtagsdebatte zu den Lügen der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion hatte am 22. März eine Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gesetzt mit dem Titel „Die Anwendung des Versammlungsrechts in Thüringen bei Aufrufen zu Gewalt bzw. zu kriminellen Handlungen durch Veranstalter“. Dazu sprach für die Fraktion DIE LINKE Katharina König. Sie sagte u.a. (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):

Zum Glück ist ja die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags dahingehend geändert worden, dass man die Aktuellen Stunden jetzt auch begründen muss. Sonst wäre ich zumindest davon ausgegangen, dass die AfD hier ihre eigenen Demonstrationen, die sie in Erfurt veranstaltet hat, auf die Tagesordnung setzt, denn bei Demonstrationen von Herbst 2015 bis Mai 2016 kam es von Teilnehmern im Umfeld der AfD-Demonstrationen zu insgesamt 43 Straftaten, die als politisch motiviert rechts eingeordnet werden, darunter zehn Menschen, die durch diese Teilnehmer verletzt wurden. Unter anderem wurde auch ein Elektroschocker eingesetzt.

Insofern glaube ich, dass es an dieser Stelle wichtig wäre, sich mal ganz stark zurückzunehmen, bevor man hier Menschen, die sich dafür einsetzen, dass wir möglichst alle zusammenleben können, egal welcher Religion, welcher Hautfarbe, welcher Nationalität,

bevor man denen einen Gewaltaufruf unterstellt, der sich im Übrigen aus dem Aufruf der AKE überhaupt nicht ergibt, sondern man sollte vor seiner eigenen Tür kehren. Das wäre zumindest angemessen.

Abgesehen davon ist ja der Ausgangspunkt der Aktuellen Stunde der AfD-Fraktion nichts anderes als eine pure Lüge, denn Sie behaupten ja, dass sich die Demonstration dagegen richten würde, dass dort Anwohner Kreuze (in Erfurt-Marbach, wo die Ahmadiyya-Gemeinde eine Moschee bauen will, d.R.) aufgestellt hätten. Um es klar zu sagen: Es waren keine Anwohner, die diese Kreuze aufgestellt haben, sondern es waren Personen, die dem rechten bis extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, nämlich Ein-Prozent-Mitglieder und auch Identitäre. Frau Henfling (Abgeordnete der Grünen-Fraktion, d.R.) hat da schon eine Person erwähnt, ich will eine zweite erwähnen, nämlich den Herrn Kaupert, der sich übrigens selbst damit brüstet, diese Kreuze aufgestellt zu haben.

Dies sei als kleiner Hinweis an die noch ermittelnden Polizeibeamten gemeint – vielleicht können sie sich ja mal bei ihm melden und entsprechend auch agieren. Der ist nämlich Mitglied bzw. im Umfeld der Jungen Nationalen, der Jugendorganisation der NPD, aktiv gewesen, mit denen auch im Zeltlager oder Feldlager – wie auch immer das bei den Neonazis heißt – unterwegs

gewesen. Möglicherweise hat er dort auch Feldhamster entdeckt. Unter anderem die Feldhamster werden ja jetzt als Grund herangeführt, warum man die Moschee dort nicht bauen könnte. Unabhängig davon stellt sich die Frage, ob durch das Hereinrammen der Kreuze in ein Grundstück, welches nicht den Personen gehört, möglicherweise die Feldhamster zerquetscht wurden und damit einer der Widersprüche gegen den Moscheebau sozusagen schon ausgemerzt wurde.

Die AfD bezeichnet in ihrer Begründung zur Aktuellen Stunde die AKE, die Antifaschistische Koordination Erfurt, als eine linksextremistische Gruppierung. Dabei könnte es die AfD doch selbst besser wissen, denn sie hat im letzten Jahr eine Große Anfrage zum Thema „Extremismus“ gestellt, „Links- und Rechtsextremismus“, und da in der Frage 26 u.a. abgefragt, ob denn das offene Jugendbüro „filler“ der DGB-Jugend Erfurt finanzielle Mittel erhalten hätte, denn diese wären ja Mitglied in der linksextremistischen „antifaschistischen Koordination Erfurt“. Darauf antwortete die Landesregierung – und ich bitte dann auch mal, die Antworten entsprechend einzuordnen, und nicht weiterhin trotz besseren Wissens Lügen zu verbreiten: „Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bewertung der ‚antifaschistischen Koordination Erfurt‘ (ake) als linksextremistisch liegen im Übrigen nicht vor.“ ■

Frauen und Männer aus zwölf Ländern zu Gast im Landtag

Es passte gut: Am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, war auf Einladung der LINKE-Wahlkreisabgeordneten Ina Leukefeld eine Besuchergruppe aus Suhl im Thüringer Landtag zu Gast.

Frauen und Männer aus zwölf Ländern, die gerade einen „Deutschkurs für Nichtmuttersprachler“ bei Tibor, der Gesellschaft für Bildung, Beratung und Vermittlung, in Suhl absolvieren. Einige von ihnen Geflüchtete aus Syrien, weg vom Krieg, andere aus Vietnam, Kolumbien oder Rumänien. Nicht wenige schon geraume Zeit in Deutschland und froh, ihre Sprachkenntnisse dank engagierter Lehrerinnen und Lehrer grundlegend verbessern zu können. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Arbeit zu finden oder eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen zu können. Wie der junge Syrer Ibrahim, der zu Hause Physik studiert hatte und in Deutschland gerne ein Medizinstudium aufnehmen würde.

Ina Leukefeld und die Flüchtlingspolitikerin der Linksfaktion, Sabine Berninger, hörten aufmerksam zu, denn „Ihr seid die Wichtigsten, wenn um Vorschläge und Erfahrungen zur verbesserten Integration geht“. Im Suhler Rat-



haus findet eigens dazu im Mai eine Konferenz statt. „Wir sind eine internationale Stadt“, betonte die Abgeordnete. 1.600 Menschen aus 82 Ländern leben in Suhl.

A. Rudolph ■

100-Millionen-Paket für Thüringer Kommunen

Gesetzentwurf der Koalition kann nach den Beratungen im Mai beschlossen werden

Das sogenannte 100-Millionen-Paket-Gesetz debattierte der Thüringer Landtag am 22. März in erster Lesung. Den Fraktionen DIE LINKE, SPD, B90/Die Grünen geht es mit dem Gesetzentwurf um die Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel für die Bereiche Kultur- und Denkmalpflege, Brandschutz, Kitas, Sportstätten und Schwimmbäder, Breitbandausbau, Gewässerunterhaltung und Abwasserbehandlung, kommunaler Klimaschutz, Radwege und Verkehrsinfrastruktur sowie die Barrierefreiheit in den Kommunen.

Ralf Kalich, Sprecher der Linksfraktion für Kommunalfinanzen, betonte: „Die Regierungsparteien beabsichtigen damit, gezielt den Investitionsstau in den kommunalen Strukturen in den Jahren 2017 und 2018 mit jeweils 50 Millionen Euro abzubauen.“ Vor allem auch finanzschwachen Kommunen, die Eigenanteile für Förderprogramme nicht aufbringen können, sollen zielgerichtete Investitionen in die Infrastruktur ermöglicht werden. In Ausnahmefällen kann der Eigenanteil komplett vom Land zu übernommen werden. Und „wo die konkrete Möglichkeit besteht, sollen Förderprogramme finanziell aufgestockt werden, damit Förderprioritätenlisten schneller abgearbeitet werden können“.

CDU verfügt über kein Finanzkonzept für das Land

Der LINKE-Abgeordnete machte auf drei Abschnitte im eingebrachten Gesetz aufmerksam, die spezielle Problemfälle behandeln. So werden Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Geregelt werden die Unterstützung von Tierheimen in unterschiedlicher Trägerschaft sowie

die Unterstützung für den Erhalt des Rennsteigshuttles. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen vom Land kofinanziert werden können.

Und Ralf Kalich weiter: „In den letzten Wochen sind eine Reihe von Stimmen in der CDU laut geworden, die ei-



ne sehr unterschiedliche Verwendung der Mittel aus der Rücklage des Landes einforderten. So sprach Landrat Thomas Fügmann, Saale-Orla-Kreis, davon, alle Mittel den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maik Kowalleck, forderte, im Gegensatz zu einem Antrag vom Dezember, alles zur Schuldentilgung einzusetzen.

Allein diese beiden völlig konträren Meinungen zeigen, dass die CDU über kein finanzpolitisches Konzept für unser Land verfügt. Der geplante Einsatz weiterer Mittel aus der Rücklage in Höhe von 140 Millionen Euro, um den Aufwuchs des Sondervermögens Wasser/Abwasser zu verhindern, sowie der Einsatz von 26 Millionen Euro, um ökologische Altlasten vorwiegend von

Kali+Salz abzubauen, zeigen, dass die rot-rot-grüne Landesregierung sehr verantwortungsvoll mit den Ressourcen das Land umgeht. Es gibt mit uns kein unüberlegtes Ausgeben von finanziellen Mitteln.“

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse des Landtags überwiesen. „Somit kann das Gesetz noch im Mai beschlossen werden. Damit können die ersten Gelder noch vor der Sommerpause an die Kommunen ausgereicht werden“, wie Ralf Kalich in einer Presseinformation mitteilte.

Zusätzliche Invest-Mittel von insgesamt 172 Millionen Euro

Rechne man zu den 100 Millionen, dass ab 2017 Mittel in Höhe von 72 Millionen Euro vom Bund für Investitionen in die Schulinfrastruktur bereitstehen, können die Kommunen in diesem und den kommenden Jahren über zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 172 Millionen Euro verfügen.

„Mit dem vorgesehenen Investitionspaket unterstützen wir die Kommunen bei wichtigen Zukunftsinvestitionen. Das Schulinvestitionspaket des Bundes wird vom Land zu 100 Prozent kofinanziert, was insbesondere den Landkreisen und kreisfreien Städten hilft. Weitere Gelder des Landes sollen die Kommunen unter anderem beim Breitbandausbau, beim Brandschutz, bei Kita-Investitionen, bei der Gewässerunterhaltung, bei Investitionen in Sportstätten und Schwimmbäder sowie bei Energiesparinvestitionen unterstützen“, so der Abgeordnete. Er weist zudem auf die geplanten Mittel in Höhe von einer Million Euro für den Rennsteigshuttle. „Das ist ein wichtiger Bestandteil für den Erhalt des Betriebes des Shuttles und somit ein wichtiger Beitrag für den Rennsteigtourismus“, betonte Ralf Kalich. ■

VON A BIS Z:

Bleiberecht

Nachdem Brandenburg bereits im Januar den bundesweit ersten Erlass beschlossen hat, der Opfern rechter Gewalt ein Bleiberecht ermöglichen soll, ziehen die Thüringer Koalitionsfraktionen nach und planen, mit einem Beschluss des Landtags die Landesregierung zu einem ähnlichen Schritt aufzufordern.

„Wir wollen auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts dafür sorgen, dass Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen“, so die Flüchtlingspolitikerinnen Sabine Berninger (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (GRÜNE).

Vor dem Hintergrund eines 90-prozentigen Anstiegs rassistisch motivierter Gewalttaten sei dieses Signal unerlässlich. Es sei aber auch wichtig, dass die Opfer, „die zugleich Zeugen sind, den Ermittlungsbehörden tatsächlich bis zum Abschluss der Verfahren zur Verfügung stehen“. Nicht selten müssten Ermittlungsverfahren aufgrund Mangels an Beweisen eingestellt werden oder gelangten erst gar nicht zur Staatsanwaltschaft, weil die Zeugen für eine Aussage wegen einer vollzogenen Abschiebung nicht mehr erreichbar gewesen seien. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 5. bis 7. April, vom 3. bis 5. Mai und vom 31. Mai bis 2. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Vorankündigung:

Der Thüringer Landtag und seine Fraktionen laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de ■

JEFTA

Im Schatten von TTIP und CETA verhandelt die EU-Kommission hinter verschlossenen Türen mit Japan über ein weiteres Freihandelsabkommen. „Über das Japan-EU-Free-Trade-Agreement (JEFTA) ist die Öffentlichkeit zu Recht besorgt. Die geleakten Dokumente stellen klar, dass der Deal verheerende Folgen auf die Gesellschaft, Politik und Umwelt haben wird“, warnt LINKE-Politikerin Susanne Hennig-Wellsow. Mit JEFTA werde die öffentliche Daseinsvorsorge zunehmend privatisiert, eine Paralleljustiz geschaffen, in der große Konzerne und Investoren Staaten verklagen können. So könnten z.B. Umweltstandards oder auch Arbeitsrechte über Klagen rückgängig gemacht werden. ■

Behindertenrecht

„Vor uns liegen noch jede Menge Aufgaben zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“, so MdL Karola Stange zum 8. Jahrestag des Inkrafttretens der Konvention in Deutschland am 26. März. Neben der Bekräftigung allgemeiner Menschenrechte geht es um zahlreiche auf die Lebenssituation behinderter Menschen abgestimmte Regelungen. Der Thüringer Maßnahmenplan beinhaltet einen Katalog von 285 Einzelmaßnahmen zur Herstellung gesellschaftlicher Zugänglichkeit bzw. Barrierefreiheit. „Auch mit der anstehenden Novelle des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes und der Forderung nach Einführung eines Gehörlosengeldes setzen wir behindertenpolitische Akzente.“ ■

Arzneimittel

Wie die Techniker Krankenkasse (TK) mitteilte, wurden im vergangenen Jahr in Thüringen Medikamente im Wert von 1,36 Milliarden Euro verschrieben. Das sind 4,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt habe jeder gesetzlich Versicherte verschreibungspflichtige Medikamente im Wert von 693 Euro erhalten, der Bundeswert lag bei 606 Euro. Dass Thüringen mit rund 14 Prozent darüber liege sei auf die Altersstruktur zurückzuführen. Die Thüringer sind mit 46,8 Jahren mehr als zweieinhalb Jahre älter als im bundesweiten Durchschnitt. Jedem gesetzlich Versicherten seien 2016 im Schnitt sieben Medikamente verordnet worden und er habe 707 Tagesdosen zu sich genommen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Thüringer Abfallrecht steht zur Beratung an

Für die in Thüringen in den nächsten Wochen anstehenden Gesetzesberatungen zur Anpassung der abfallrechtlichen Regelungen verlangt die LINKE Verbraucherpolitikerin Diana Skibbe die Einbeziehung der Forderungen europäischer Umwelt-, Verbraucher- und Einzelhandelsverbände zu Abfallvermeidungszielen und verbindlicher Wiederverwendungsquoten im Rahmen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein neues Verpackungsgesetz hat leider nur gezeigt, wie Kreislaufwirtschaft nicht funktioniert. Der von allen Bundesländern bisher abgelehnte Gesetzentwurf sieht eine Privatisierung der Abfallwirtschaft vor und entlässt den Staat aus seiner Verantwortung für eine Wiederverwendung gebrauchter Verpackungen. Darüber hinaus wird das Gesetz zu zusätzlichen Müllgebühren von bis zu zehn Euro je Einwohner führen“, warnt die Abgeordnete. ■

„Mohring weiß nicht, wovon er redet“

Auf ein TA-Interview (21.3.) des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring reagierte MdL Knut Korschewsky: „Herr Mohring weiß nicht, wovon er redet. Und es ist ein Schlag ins Gesicht der 360.000 ehrenamtlich organisierten Sportlerinnen und Sportler in Thüringen, die unsere Koalition gerade mit dem neuen Sportfördergesetz bewusst entlasten wird. Zudem verbreitet er bewusst oder unbewusst Unwahrheiten: Der Bau der Erfurter Multifunktionsarena hat nichts, aber auch gar nichts mit der Thüringer Sportstättenförderung für die Kommunen, Landkreise und Sportvereine zu tun. Und die Gelder für die Erfurter Multifunktionsarena stammen aus Bundesmitteln, die in keiner Weise die Zuweisungen an die Kommunen schmälern. Hier wird der Eindruck erweckt, dass zu Lasten der kleinen Sportvereine eine Multifunktionsarena in der Landeshauptstadt finanziert wurde. Das ist schlichtweg unredlich.“

Mohring sei „wahrscheinlich auch nicht bekannt, dass der ursprüngliche Veranstaltungsplan der Arena GmbH für das Jahr 2017 schon mit ca. 150 Prozent übererfüllt ist. Warum sollten also die EU-Vorgaben für die Zuweisung von Fördermitteln nicht erfüllt werden können? 16 Millionen Euro Bundesmittel grundlos zurückzugeben und damit den Landeshaushalt um diesen Betrag zu schröpfen, ist finanzpolitischer Unsinn“, so der LINKE Sportpolitiker. ■

Schiefelage im Landesamt

Steffen Dittes kritisiert die Berichtspraxis des Thüringer Verfassungsschutzes scharf

Rot-Rot-Grün ist in Thüringen angetreten, um den Verfassungsschutz zu reformieren. Dass weite Teile der Reformvereinbarungen bislang keine Umsetzung fanden, führt zu Recht zu Unmut gerade bei jenen, die sich täglich gegen die Bedrohung der demokratischen Kultur durch Neonazis und Rechtspopulisten engagieren.

„Das Innenministerium steht in der Verantwortung, mit der nötigen Sensibilität diese Probleme endlich anzugehen, einschließlich einer Revision des Berichtswesens nach Maßgabe des Koalitionsvertrages“, so Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Nach Ansicht des Abgeordneten hat sich aber gerade in der Berichtspraxis des Amtes für Verfassungsschutz wenig geändert. „Zivilgesellschaftliches Engagement wird weiterhin diskreditiert und die Rechts-Links-Gleichsetzung findet ebenso statt, mit dem Ergebnis, dass Gefahren durch Neonazis weiter verharmlost werden.“

„Linksextremisten“ bei friedlichen Protesten

Als besonders kritikwürdig bezeichnet Steffen Dittes die monatlichen Berichte des Jahres 2016, mit denen das Amt für Verfassungsschutz (AfV) Behörden, Kommunen und weitere staatliche Institutionen über die aus Sicht des AfV verfassungsschutzrelevanten Ereignisse und Gruppen informiert.

Der Abgeordnete weist darauf hin, dass monatlich in den Heften im Nach-

gang unter „Rechtsextremismus“ Partei- und Musikveranstaltungen gelistet werden, während unter „Linksextremismus“ politisch links motivierte Straftaten, wie das Sprühen von Anarchie-Zeichen oder die Teilnahme von als Linksextremisten durch das AfV ausgemachten Menschen an friedlichen Protesten gegen Veranstaltungen der extremen Rechten herhalten müssen, um das Kapitel zu füllen.

Im Februar wird in der Rubrik „Linksextremismus“ etwa ein friedlicher Protest von 150 Menschen aufgelistet, die bei einer AfD-Kundgebung rote Karten in die Höhe hielten. In der Schreibweise des Geheimdienstes heißt es dazu: die „offenbar aus dem demokratischen Protestspektrum stammende Initiative zur Aktion lässt eine Erosion zwischen demokratischen und extremistischen Formen der politischen Meinungsäußerung erkennen“.

Extremismustheorie ist weiter handlungsleitend

Auch das Weimarer renommierte Bürgerbündnis gegen Rechts taucht in den Berichten mit dem Hinweis auf, dass eine „Differenzierung zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und übrigen Gegendemonstranten (...) aufgrund einer zunehmenden Vermischung beider Personenkreise kaum mehr möglich“ sei.

„Dass die untaugliche Extremismustheorie weiterhin handlungsleitend für das AfV ist, ist schlimm genug, dass inzwischen auch legitimer und versammlungsrechtlich zulässiger Protest hoheitlich diskreditiert wird, ist nicht hin-

zunehmen und widerspricht dem gesellschaftlich unstrittigem Anliegen, Menschen zu ermutigen, bei Rassismus und Diskriminierung nicht wegzuschauen, sondern Farbe zu bekennen und für eine demokratische Gesellschaft einzutreten“.

Vollkommen aus dem Ruder gelaufene Ungleichgewichtung

„Mit den jetzt veröffentlichten Berichten wird die Schiefelage im Landesamt für Verfassungsschutz vollends offenbar. In den Berichten haben gegen die AfD und deren Abgeordnete gerichtete Sachbeschädigungen Aufnahme gefunden. Von Neonazis begangene Übergriffe gegen LINKE-, aber auch SPD- und CDU-Büros, wie etwa eine Detonation in Saalfeld, Attacken in Eisenach und Altenburg, oder aber auch ein im Internet verbreiteter Mordaufruf von Neonazis gegen eine LINKE-Landtagsabgeordnete waren für das AfV in bisherigen Berichten aber keinerlei Erwähnung wert.“

Diese nun vollkommen aus dem Ruder gelaufene Ungleichgewichtung führt zwangsläufig zu einer Verharmlosung extrem rechter Aktivitäten einerseits und einer Überhöhung politisch links motivierter Straftaten andererseits“, so Steffen Dittes.

Ein deutlicher Widerspruch wird hier insbesondere zu statistischen Zahlen der Polizei deutlich, die im Vorjahr über 1.400 Delikte der Politisch-motivierten Kriminalität-Rechts erfasste, oder zu den Erhebungen der Mobilien Beratung Mobit, die über 660 Aktivitäten der extremen Rechten aufführt. ■

Was keiner braucht

Die geplante Stromtrasse durch den Westen von Thüringen war Thema im Landtag. „Die Planung des Netzbetreibers Tennet, eine weitere unnötige Mega-Stromtrasse durch ganz Thüringen bauen zu wollen, ist ein Skandal“, unterstrich Steffen Harzer für die Linksfraktion.

Der Abgeordnete wies darauf hin, dass durch Thüringen bereits einige Hochspannungstrassen führen. „Eine weitere nicht notwendige Stromtrasse wäre eine klare Fehlentscheidung, die Thüringen schadet: wertvolle Naturräume würden zerschnitten, die Umwelt würde weiter belastet und der Strompreis weiter steigen.“ Auch die Verlegung des Stromkabels unter der Erde sei keine Lösung des Problems, weil auch diese Kabeltrasse Landschaft zerstört und die Schneise nicht bepflanzt werden darf.

In seiner Landtagsrede betonte Steffen Harzer, dass die Aussage, hier würde eine Windstromtrasse entstehen, nicht richtig ist. Vielmehr würde umweltschädlich erzeugter Strom aus Stein- und Braunkohle über diese Trasse geführt. Anstatt Strom quer durchs Land zu leiten, sollte Energie dort er-



zeugt werden, wo man sie braucht. „Das ist der sinnvolle und umweltschützende Gedanke der Energiewende: Strom aus regenerativen Quellen regional erzeugen und für möglichst kurze Übertragungswege zu den Verbrauchern sorgen, ergänzt mit der Speicherung und Sektorenkopplung von Strom, Wärme, Verkehr sowie der Energieeinsparung (Energieeffizienz).“ Das sei aber der Ansatz einer neuen

Energiepolitik in Deutschland. „Alle Aspekte um diese neue Trasse zusammengefasst lauten: Hier soll gebaut werden, was keiner will, was keiner braucht, was keiner benötigt!“, resümierte der Linksfraktionär. Er kündigte an, dass „alle rechtlich möglichen und politisch sinnvollen Mittel der Gegenwehr gegen dieses sinnlose Monsterprojekt genutzt werden“. ■

DAS THEMA

Das beste Rezept gegen Gewalt: Gute Schule

Selten wird öffentlich darüber geredet, und das Beste wäre, es gäbe dieses Thema überhaupt nicht. Dennoch weiß jeder, dass es vorkommt und ein dickes Problem werden kann: **Gewalt und Mobbing an Schulen. Gewalt und Mobbing unter Schülern, Gewalt von Schülern gegen Lehrer, mitunter auch Gewalt von Lehrern gegen Schüler. Diesem breiten Problemfeld hatte sich am 9. März eine Fachveranstaltung im Thüringer Landtag angenommen, die auf Einladung der bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, Torsten Wolf und Astrid Rothe-Beinlich, stattfand und Bildungspolitik, Landesverwaltung, Expertinnen und Experten sowie Praxisvertreter zusammenführte.**

In seinem Einführungsbeitrag erläuterte der anerkannte Gewaltforscher und Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam zunächst den wissenschaftlichen Stand zu Ursachen und Erklärungsmodellen dieser Phänomene, im weiteren ging er auf verschiedene Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten ein.

Für die öffentliche oder halb-öffentliche Auseinandersetzung etwa im Schulverbund empfahl er zunächst, strikt die Opfer-Perspektive zu bevorzugen. Zum Erstaunen mancher Zuhörer waren seine Hinweise in Bezug auf Prävention sehr grundsätzlicher Art: hierzu gehöre, dass alle Akteure, vor allem aber die Lehrer, den Erziehungsauftrag von Schule nicht infrage stellen, sondern ausdrücklich anerkennen und wertschätzen sollten. Lehrer und Schüler sollten sich gemeinsam eine klare Definition erarbeiten, was unter Mobbing und was unter Gewalt zu verstehen sei.

Es geht immer um gelingendes Aufwachsen, nicht aber um vermehrte Kontrolle

Notwendig sei an jeder Schule die Ausprägung eines Klimas, das dem Wegschieben von Problemen und Verstößen begegne. Auf diese Voraussetzungen könne man dann auch eines der vielen existierenden Programme aufbauen, um jeweils konkret an einer Schule Probleme zu bearbeiten. In Brandenburg etwa führten Schulsozialarbeit und Lehrerschaft bestimmter Schulen ein solches Projekt über ein halbes Jahr durch.

Schubarth verwies aber auch darauf, dass die schulinternen Ursachen von Gewalt und Mobbing gegenüber den gesellschaftlichen und zum Teil individuellen Ursachen weniger gewichtig sind: nach Erkenntnissen von Forschern machen sie nur etwa 20 Prozent der Ursachen aus. Er fasste zusammen: „Bei der Erreichung eines guten Schulklimas, das keinen zurücklässt, geht es immer um ein gelingendes Aufwachsen, nicht aber um vermehrte Kontrolle. Spezielle Programme können helfen, entscheidend ist

Ein Fachgespräch zum breiten Problemfeld „Gewalt und Mobbing an Schulen“

aber die Qualität von Schule.“ Die Schulverwaltung sei gefordert, diese Prozesse zu unterstützen, für den konkreten Fall aber auch mit mobiler Beratung zu helfen. Lehrerinnen und Lehrer müssten ermutigt werden, sich Rat und Unterstützung zu holen. In einigen Kommunen habe man mit außerschulischen Netzwerken (Präventionsketten) gute Erfahrungen gemacht. Auch der Lehrplan spiele eine Rolle. So lege man in Brandenburg Wert darauf, dass Konfliktfähigkeit schon im Grundschulalter geübt werde.

Das Thüringer Bildungsministerium verwies darauf, dass es bei den gemeldeten Vorkommnissen von Gewalt und

„Keine Bloßstellung, Gängelung, Demütigung.“ Es komme darauf an, einen demokratischen werteorientierten Schulentwicklungsraum zu geben. Um eine Schulkultur zu ändern, brauche es fünf bis zehn Jahre. Andererseits sei Mobbing ein schwerwiegender Vorwurf, für den es eine klare Definition brauche.

Direktor Dr. Andreas Jantowski vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplan und Medien (THILLM) berichtete, dass in der Lehrerfortbildung in Bezug auf Prävention und Reaktion auf Gewalt und Mobbing schon viel passiere – im letzten Jahr gab es ca. 35 Veranstaltungen –, aber der Be-

Lehrkräfte im Unterstützungssystem mehr Zeittressourcen zur Verfügung zu stellen und das Ziel wieder zu verfolgen, Schulsozialarbeit an jeder Schule umzusetzen. Auch Sport habe Potentiale, Aggressionen entgegenzuwirken.

Am Ende war man sich einig: Gewalt und Mobbing gibt es nicht nur an Schulen, aber auch an Schulen, und auch darum muss sich Bildungspolitik kümmern. Das Versprechen ist da, weiter im Gespräch zu bleiben und die im Fachgespräch eindeutig herausgearbeitete Linie, wie diesen Problemen begegnet werden muss, weiter zu verfolgen.

Dr. Steffen Kachel

Zu den Ergebnissen des Fachgesprächs, hatten Torsten Wolf und Astrid Rothe-Beinlich in einer Pressemitteilung erklärt:

„Auch in Thüringen haben die Schulen mit den Phänomenen Gewalt und Mobbing zu tun. Eine wichtige gemeinsame Erkenntnis in der Diskussion war zunächst, dass die Debatte vor allem sachlich geführt werden muss. Das Thema sollte weder bagatellisiert noch dramatisiert werden. In ganz Deutschland und auch in Thüringen wurden in den letzten Jahren verschiedene Programme zur Gewaltprävention und -intervention entwickelt. Deutlich wurde zudem, dass die Schulen kontinuierlich Unterstützung bei der Umsetzung dieser Programme benötigen.“

Vor allem geht es um Schulqualität insgesamt. Dort wo eine demokratische, weltoffene und wertschätzende, die Probleme des Einzelnen ernstnehmende Schulkultur besteht, treten erfahrungsgemäß seltener Fälle von Gewalt und Mobbing auf. Aufgabe des Landes ist es hier, die Schulen mit Multiprofessionalität und bei der Schulentwicklung zu unterstützen. Um das zu erreichen, braucht es ausreichend Ressourcen für Beratungslehrkräfte, Unterstützung durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sowie die gemeinsame Arbeit der Lehrkräfte, Eltern und Schüler an einem guten Schulklima. Auch stellt sich die Frage, wie der Erziehungsauftrag bereits in der Lehrerbildung stärker verankert werden und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben, wie die der Beratungslehrkraft, stärker anerkannt werden kann.“

An der Diskussion hatten auch Vertreter von GEW, Philologenverband, Landeselternvertretung, Landesschülervertretung, der evangelischen Schulstiftung, der Uni-Klinik Jena und der Universität Jena und Schulleiter teilgenommen. ■



Im Podium der Fachtagung (v.l.): Die Bildungspolitikerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Astrid Rothe-Beinlich, Prof. Wilfried Schubarth, Universität Potsdam, und Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Fraktion DIE LINKE.

Foto: Peter Lahn

Mobbing regionale Häufungen gebe. Die Schulen würden mit Beratung und Förderplänen unterstützt. Sehr wichtig seien Schulpsychologen und die seit einigen Jahren in einem längeren Prozess ausgebildeten mittlerweile fast 2.000 Beratungslehrer, die als erste Ansprechpartner sowohl für Schüler als auch für Kollegen zur Verfügung stünden. Durch eine Reihe von Projekten würden Lehrkräfte gestärkt und die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur unterstützt.

Vorbildrolle der Erwachsenen muss empathisch und wertschätzend ausgefüllt werden

Die Einschätzungen von Prof. Schubarth wurden in der nachfolgenden Diskussion eindringlich unterstützt, so von den Schulamtsleitern von Mittel- und Nordthüringen, Ralph Leopold und Dr. Bernd Uwe Althaus. Die Vorbildrolle der Erwachsenen müsse empathisch und wertschätzend ausgefüllt werden:

darf sei vielfach höher. Zuerst komme für den Lehrer die Aufgabe, solche Phänomene bewusst wahrzunehmen, dann fachlich richtig zu reagieren. Ein besonderes Problem seien anonyme Hassangriffe im Internet, sowohl gegen Schüler als auch gegen Lehrer.

In der weiteren Diskussion kam zur Sprache, dass beobachtet werde, dass die Fälle von Gewalt und Mobbing nicht an Häufigkeit, aber an Intensität zunähmen. Oft sei bei Lehrern und Mitschülern immer noch viel Hilflosigkeit anzutreffen. Höhere Anforderungen müssten zudem an die Lehrerausbildung gestellt werden, wo zwar gutes Fachwissen vermittelt werde, aber viele Fragen, die die Funktion von Schule und das Schüler-Lehrer-Verhältnis betreffen, einfach zu kurz kommen.

Zu den Anregungen aus der Diskussion gehörte, neben der Wertevermittlung auch mehr kulturelle Bildung an die Schulen zu bringen, das Streit-schlichter-Programm für Schüler auszuweiten, für Beratungslehrer und

Besserer Schutz vor allen Formen von Gewalt

Finanzierung der Frauenhäuser in Deutschland als Regelleistung gefordert

Die Bundesregierung hatte am 8. März dem Gesetzentwurf zum „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen für die Ratifizierung der Istanbulkonvention erfüllt. Deutschland hatte das Übereinkommen bereits im Mai 2011 in Istanbul unterzeichnet und angekündigt, es in nationales Recht umzusetzen.

Mit der Ratifizierung wird der Schutz von Frauen vor allen Formen von Gewalt in Deutschland weiter nachhaltig gestärkt. In den 81 Artikeln des Übereinkommens sind umfassende Verpflichtungen zur Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau enthalten; insbesondere das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben.

Die Gleichstellungspolitikern der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Karola Stange, hat die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Ratifizierung der Istanbuler Konvention nach sechs Jahren endlich in die Wege zu leiten, begrüßt. Dies sei „ein unverzichtbarer und guter Schritt im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, weil es

hier um Menschenrecht geht“.

Die Konvention sieht unter anderem vor, bundesweit barrierefreie Schutz- und Unterstützungseinrichtungen zu gewährleisten, die auch die besondere Situation von Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen, Frauen ohne Papiere, von Transgendern und Intersexuellen berücksichtigen. „In diesem Zu-



sammenhang ist die Forderung nach einer Regelfinanzierung der Frauenhäuserstruktur durch den Bund mehr als gerechtfertigt“, betonte die LINKE-Politikerin.

Das Übereinkommen war am 11. Mai 2011 von dreizehn Mitgliedsstaaten des Europarates in Istanbul unterzeichnet worden. Der völkerrechtliche Vertrag trat am 1. August 2014 in Kraft. Bis Dezember 2016 wurde die Istanbulkonvention von 43 Staaten un-

terzeichnet und von 22 ratifiziert. Für Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, wird sie damit rechtlich verbindlich, und alle staatlichen Organe - darunter Gesetzgeber, Gerichte und Strafverfolgungsbehörden - müssen die Verpflichtungen aus der Konvention umsetzen. In Artikel 1a heißt es: „Zweck dieses Übereinkommens ist

es, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen.“

Dazu zählen psychische, körperliche und sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, sowie Zwangsheirat, Verstümmelung der weiblichen Genitalien, erzwungene Abtreibung und Sterilisation, Nachstellung (Stalking) sowie sexuelle Belästigung.

Die Einhaltung der Konvention soll von einer Expertenkommission überwacht werden, die Eiluntersuchungen vor Ort durchführen kann. Es ist die zweite Konvention zum Schutz von Frauen gegen Gewalt mit rechtlich bindender Wirkung. ■

Verkehrssicherheit

Trotz Rückgangs der Zahl der Verkehrstoten und Verletzten ist festzustellen: Überhöhte Geschwindigkeit bleibt Unfallursache Nr.1, besonders bei jungen Fahrern. Die um rund 90.000 im Vergleich zum Vorjahr angewachsenen Geschwindigkeitsverstöße sprechen eine deutliche Sprache. „Es ist notwendig, sowohl die Kontrolltätigkeit der Polizei zu verstärken als auch die Ausbildung der jungen Fahrer mehrstufig zu gestalten sowie Überlegungen für ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen wieder aufzunehmen, vor allem an Gefahrenstellen“, sagt Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion.

In Anbetracht zunehmender Rücksichtslosigkeit gegenüber Rettungskräften und Polizei sollten die Bußgelder angehoben und mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Thüringen sollte dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und Hinweisschilder „Rettungsgasse bilden“ an Autobahnbrücken anbringen. Für die Senioren, besonderes für die über 75-Jährigen, deren Unfallhäufigkeit weniger auf bewussten Regelverstößen, sondern eher auf ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit beruht, werden auch in Thüringen einige Projekte zum freiwilligen Überprüfen der eigenen Fahrtüchtigkeit angeboten. Denn allein 2015 war bundesweit fast jeder 3. Unfalltote über 65 Jahre alt, ab 75 Jahre zunehmend als Unfallverursacher, aber auch als Opfer. ■

Längst überfällige Wiedergutmachung

Endlich, 23 Jahre nach der Abschaffung der gesetzlich „legitimierten“ Homosexuellenverfolgung, wurde ein Verfahren auf den Weg gebracht, die Betroffenen zu rehabilitieren. Der Artikel 175 des Strafgesetzbuches, der das Ausleben gleichgeschlechtlicher Liebe unter Strafe stellte, geht auf das Deutsche Kaiserreich zurück und erfährt zu NS-Zeiten eine Verschärfung. Nach dem Krieg in unterschiedlichen Varianten in die deutschen Verfassungen übernommen, wurde der Artikel zwar bis zu seiner Abschaffung - in der BRD erst 1994 - zunehmend milder angewandt, dennoch wurden rund 60.000 Männer für ihre Sexualität bestraft.

Nun soll ein durch den Bundesjustizminister Heiko Maas eingebrachter Gesetzentwurf diesen Menschen Besserung verschaffen. Schon 2009, acht Jahre früher, brachten die Linken einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der die Rehabilitation und eine Entschädigung für nach Paragraph 175 Verurteilte vorsah. Das Vorhaben hatte keinen Erfolg, ohne das Engagement der großen Koalition fehlte es an den nötigen Stimmen.

Die Wiedergutmachung sei schon lange überfällig, meint die Gleichstellungspolitikern der LINKE-Landtagsfraktion Karola Stange, die selbst seit vielen Jahren für die Rechte und die Inklusion von Homosexuellen kämpft. Weiter soll man wirklich etwas für die Menschen tun, neben einer Entschuldi-

gung auch eine wirkliche Entschädigung leisten und sich nicht bloß mit Blick auf den Wahlkampf kümmern. Eine Durchsetzung muss deshalb noch in dieser Legislaturperiode angestrebt werden. Konkret sieht die finanzielle Entschädigung derzeit so aus, dass den Betroffenen 3.000 Euro Pauschale und 1.500 Euro pro Haftjahr zukommen werden. Darüber hinaus wird wohl die Magnus Hirschfeld Stiftung für den Kampf um Homosexuellenrechte eine Förderung bekommen. „Man wird das Erlittene in keiner Weise wiedergutmachen können, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt die Abgeordnete. ■

Nils Verwohlt

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Die CDU verzweigt

Bewundernswert, mit welcher Engelsgeduld und argumentativer Stärke Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Landtagssitzung für Landtagssitzung an die CDU-Kollegen gewandt die Notwendigkeit der Gebiets- und Verwaltungsreform für Thüringen erklärt. Zahlen und Fakten en masse.

Letztens versuchte er es am Beispiel der Gewerbeämter. Er habe ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Bad Salzungen gehabt. „Der versteht auch nicht, warum er ein Gewerbeamt hat und 400 Meter weiter in der Landkreisverwaltung auch noch ein Gewerbeamt ist, für den Landkreis. Eisenach hat ebenfalls ein Gewerbeamt. Und alle sind personell so schwach aufgestellt, wenn einer krank ist oder zur Weiterbildung, dann ist das Gewerbeamt geschlossen.“

Wer heutzutage 20 Kilometer Fahrtweg als zu viel empfindet, um sein Gewerbe an- oder umzumelden, der soll es sein lassen.“ Frank Kuschel kommt aus dem Ilm-Kreis, das Gleiche auch hier: „In Ilmenau ein Gewerbeamt für die Stadt Ilmenau, ein Gewerbeamt für den Altkreis Ilmenau, in Arnstadt ein Gewerbeamt für den Altkreis Arnstadt. Das können wir uns nicht mehr leisten.“

Derlei Anschaulichkeiten trägt der LINKE Kommunalexperte zuhauf vor. Sie prallen an der CDU ungehört ab. Vergebliche Mühe. Oder um es mit Benjamin-Immanuel Hoff, dem Thüringer Staatskanzleiminister, zu sagen: „Das ist die Verzweigung einer Partei von der Gestaltungspartei Thüringens, die Sie mal sein wollten, zu einer reinen Dagegen-Partei.“

Manchmal reißt allerdings auch Frank Kuschel der Geduldsfaden. Neulich zum Beispiel in der Debatte zu einem dieser „Blockade-Anträge“. Wer einfach alles ausblendet, „will dieses Land auch demokratisch an die Wand fahren“. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.